

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

**NEWSLETTER DER
DUISBURGER
BUNDESTAGSABGEORDNETEN**

FÜR DUISBURG IN BERLIN.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

der gesamte Deutsche Bundestag war am vergangenen Donnerstagmorgen im Plenum erschienen, um der Opfer der Terrorattentate auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und der Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt in Paris zu gedenken. Im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin diskutierte der Deutsche Bundestag in der ersten Sitzungswoche des Jahres 2015 über die Folgen der Anschläge von Paris. Fraktionsübergreifend war man sich einig, dass Deutschland und Europa diesem Angriff auf die Pressefreiheit mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat entgegenzutreten werde.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren der ausgeglichene Bundeshaushalt für das Jahr 2014, der Nationale Bildungsbericht sowie der Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung. Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß, wird am kommenden Mittwochabend bei der Veranstaltung "Lebensmittelverschwendung - Nein Danke" im Kleinen Prinz in Duisburg zu Gast sein. Weitere Informationen zur Veranstaltung auf www.baerbelbas.de.

2

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

SICHERHEIT Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen	3
HAUSHALT Schon 2014 keine neuen Schulden mehr	5
ERNÄHRUNG Bundestag debattiert Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung	6
BILDUNG Bildung in Deutschland mit Investitionen voranbringen	8

TOP-THEMA

3

SICHERHEIT

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen

Der gesamte Deutsche Bundestag war am Donnerstagmorgen vollzählig erschienen, um der Opfer der Terrorattentate auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und der Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt in Paris zu gedenken. Nach einer Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung ab.

In der anschließenden Aussprache bezeichnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Anschläge in Paris als „gezielten Angriff auf die freie Presse. Das war der Versuch, freie Menschen in einer offenen Gesellschaft einzuschüchtern“. Er stellte jedoch klar: „Dieses Ziel haben die Terroristen nicht erreicht.“ Denn die Franzosen hätten nicht nach Rache und Vergeltung gerufen oder den Polizeistaat gefordert. „Millionen sind auf die Straße gegangen, um zu trauern, aber auch um zu zeigen: Wir lassen uns von den Terroristen nicht spalten!“

Die Terroranschläge in Paris lenken den Blick auch auf die Situation der Muslime in Deutschland. Oppermann verwahrte sich dagegen, die islamische Glaubensgemeinschaft nun



unter eine Art Generalverdacht zu stellen. „Wenn jetzt Millionen friedfertiger Muslime in Deutschland mit den Terroristen in einen Topf geworfen werden, dann ist das eine unverantwortliche politische Brandstiftung, die leicht zu einer Eskalation der Gewalt führen kann.“

Er forderte die Organisatoren und die Demonstranten der in Dresden entstandenen Bewegung „Pegida“ auf, „endlich diese Stimmungsmache gegen Andersgläubige und Zuwanderer zu stoppen.“

Mehr Geld für Präventionsmaßnahmen

Der Fraktionsvorsitzende befasste sich aber auch mit der Frage, warum sich mehr als 500 junge Menschen aus Deutschland islamistischen Terrormilizen angeschlossen haben. Oft seien das schwache junge Leute ohne Schulabschluss, die sich ausgeschlossen fühlen und keine Perspektiven sehen. Oppermann: „Ausgrenzung ist der Nährboden für die Radikalisierung“. Deshalb sei es gut, dass die Jugendministerin Schwesig (SPD) für Präventionsmaßnahmen dieses Jahr mehr Geld in die Hand nimmt. „Wir müssen die Jugendlichen fördern und fordern, bevor die salafistischen Hassprediger sie abholen. Und dabei müssen uns auch die muslimischen Verbände helfen.“

Die Forderung nach einer Rückkehr der Vorratsdatenspeicherung kommentierte Oppermann ebenfalls. Er forderte: „Ich will, dass die Sicherheitsbehörden in der Lage sind, den Rückkehrern 24 Stunden am Tag auf den Füßen zu stehen. Kein gewaltbereiter Syrienrückkehrer darf sich in Deutschland mehr unbeobachtet fühlen.“ Und wenn die personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden dazu nicht reiche, „dann werden wir sie rasch verbessern“, stellte er klar.

Eine Vorratsdatenspeicherung sei momentan aber nicht umsetzbar, weil der Europäische Gerichtshof die EU-Richtlinie für nichtig erklärt und für eine Neufassung sehr strenge Auflagen erteilt habe. Die Neufassung solle in Ruhe abgewartet werden. Er begründete: „Wenn wir unsere Freiheit im Interesse einer vermeintlich perfekten Sicherheit zu stark einschränken, dann werden wir am Ende beides verlieren.“



Einwanderungsgesetz vonnöten

Was allerdings in seinen Augen schnell auf den Weg gebracht werden sollte, ist ein Einwanderungsgesetz, das die bestehenden Regelungen bündelt. Denn Deutschland verliert in den kommenden Jahren pro Jahr 400.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Diese Lücke lässt sich weder durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen noch durch die Qualifizierung von Arbeitslosen schließen. Oppermann: „Dazu brauchen wir qualifizierte Einwanderer in großer Zahl. Nur Einwanderungsgesellschaften sind Wachstumsgesellschaften.“

Sein Appell: „Ich will, dass wir in der Koalition gemeinsam über Einwanderung diskutieren. Wir müssen die bestehenden Regeln überprüfen. Und wir müssen offen diskutieren, nach welchen Regeln Einwanderer nach Deutschland kommen sollen.“

Die Mittel des Rechtsstaates nutzen

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl bezeichnete die Terroranschläge von Paris als „Angriff auf die Pressefreiheit.“ Es sei aber auch ein „Angriff auf unsere Werte und unsere Demokratie“ gewesen. „Die Attentäter wollten uns alle verunsichern, sie wollten spalten.“ Das sei ihnen jedoch nicht gelungen. Denn: „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen!“

Deshalb gebe es auch keinen Grund für gesetzgeberischen Aktionismus. Schließlich habe die Große Koalition wichtige Regelungen zur Terrorismusbekämpfung längst auf den Weg gebracht. Nun werde auch das Personalausweisgesetz geändert, um potenzielle Dschihadisten die Ausreise künftig noch mehr zu erschweren. „Wir werden auch den Verfassungsschutz schlagkräftiger machen“, versprach Högl; dazu zählten auch die bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene sowie eine bessere personelle und technische Ausrüstung.

HAUSHALT

Schon 2014 keine neuen Schulden mehr

Die Bundesregierung hat im Haushaltsjahr 2014 keine neuen Schulden gemacht. Zunächst war eine geringe Neuverschuldung in Höhe von 6,5 Milliarden Euro erwartet worden. Nach aktuellen Rechnungen hat man aber die „schwarze Null“ bereits 2014 – ein Jahr früher als



geplant – erreicht. Ein großer Erfolg für die Große Koalition. Der parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter wies darauf hin, dass es für das Jahr 2014 sogar einen so genannten strukturellen Überschuss gebe. Im Jahr 2013 wurden laut eines Berichts des Bundesfinanzministeriums noch neue Kredite in Höhe von 22,1 Milliarden aufgenommen.

Die Summe von den ursprünglich als Neuverschuldung geplanten, nun aber als Einnahmen verbuchten 6,5 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus einer eingesparten Milliarde und 5,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die speisen sich vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Dank an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der Dank gelte den erfolgreichen Unternehmern und Arbeitnehmerinnen. Denn sie sorgten letztlich für höhere Steuereinnahmen. Wichtig sei, dass sowohl solide gehaushaltet als auch umfangreich in Infrastruktur, Bildung und Familien investiert werde. Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn machte angesichts der erhöhten Einnahmen deutlich, dass erfolgreiche Konsolidierungspolitik nicht nur bedeute, zu sparen, sondern auch die Einnahmen zu erhöhen. Sie dankte den "ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen im Land", die diesen Erfolg möglich gemacht hätten. Für Steuerhinterzieher seien die Zeiten von Jahr zu Jahr schlechter geworden. So habe es im Jahr 2011 rund 4800 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung gegeben, 2012 schon 8000, 2013 26.000 und 2014 sogar 38.500. Das zeige, wie wichtig es gewesen sei, die Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige zu verschärfen, wie es die Große Koalition auf Druck der SPD-Fraktion getan hat.

Hagedorn plädierte angesichts der erhöhten Einnahmen dafür, über die Höhe der Abgeltungsteuer zu diskutieren. Hier gebe es Änderungsbedarf.

ERNÄHRUNG

Bundestag debattiert Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung

Einen Tag vor Beginn der Internationalen Grünen Woche hat der Deutsche Bundestag über gesunde Ernährung debattiert. Die Koalitionsfraktionen brachten dazu ihren Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ (Drs. 18/3726) in das Parlament ein, der am 15. Januar erstmalig beraten wurde.



Mit ihrem Antrag zur gesunden Ernährung setzen SPD und Union den Koalitionsvertrag um, und sie setzen damit Impulse für eine gesunde Ernährung. Gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner will die SPD-Bundestagsfraktion gegen den Anstieg ernährungsbedingter Erkrankungen vorgehen. Im Mittelpunkt des Koalitionsantrags steht dabei die Ernährung von Kindern und Jugendlichen.

Ombudsstelle gegen Preisdumping im Lebensmitteleinzelhandel einrichten

„Wir wollen und können den Menschen nicht einen bestimmten Lebensstil vorgeben“, sagte SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt. Gleichwohl trage die Politik die Verantwortung dafür, dass Lebensmittel sicher sind. „Und zwar unabhängig davon, wo die Lebensmittel gekauft werden“, ergänzte sie. Lebensmittel müssten gesund und bezahlbar sein, so Vogt: „Das ist ein soziales Grundrecht“. Trotzdem gebe es immer wieder Missstände. Erst vor wenigen Tagen sei wieder von zu vielen Antibiotika in Putenfleisch zu lesen gewesen. Außerdem habe eine Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) festgestellt, dass gerade billiges Fleisch besonders häufig mit antibiotikaresistenten Keimen belastet sei. „Wir sind in der Verantwortung, Fehler, die im System liegen, aufzuheben“, stellte Vogt klar. Dazu gehörten auch die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen in der Branche sowie die Frage der Tierhaltung. Die vier großen Konzerne im Lebensmittelhandel rief Vogt dazu auf, den Wert der Lebensmittel nicht durch Preisdruck auf die Lebensmittelhersteller zu diskreditieren. Um gegen dieses Preisdumping „des Oligopols“ vorzugehen, forderte die SPD-Fraktionsvizein eine Ombudsstelle, der derartige Praktiken gemeldet werden können.

7

Bürger fordern gesunde und sichere Lebensmittel von der Politik

„Alle Menschen müssen essen – klingt banal, ist es aber nicht“, sagte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß. Ernährung sei ein Politikfeld, das existenziell sei, und das habe eine aktuelle Allensbach-Studie bestätigt: „Die Menschen fordern von der Politik gesunde und sichere Lebensmittel“. Dafür habe das Parlament zu sorgen, stellte Drobinski-Weiß fest. Das Thema bewege die Menschen. Es sei unstrittig, dass die meisten „sich und ihre Kinder gesund ernähren wollen“. Nur das gelinge nicht immer oder nur unter Mühen und Anstrengungen. „Wir wollen das ändern“, sagte sie. Deshalb greife der Antrag die Ursachen dieser Schwierigkeiten auf: „Es muss für alle Menschen leichter werden, sich gesund zu ernähren. Und zwar unabhängig vom Geldbeutel und Schulabschluss“. Kinder und Eltern würden heute mit Angeboten und Werbung für



ungesunde Lebensmittel überflutet: „Diese Flut wollen wir eindämmen“, versprach Drobinski-Weiß.

Die Ziele der Koalition in der Ernährungspolitik

SPD und Union wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren und darauf hinwirken, dass im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie (Bestandteil des geplanten Präventionsgesetzes) die ausgewogene Ernährung ein zentraler Schwerpunkt wird. In Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen sollen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechend gesunden Verpflegung teilhaben können. Denn vor allem Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien seien häufiger von Fehlernährung betroffen, heißt es im Antrag. Ziel der Koalition ist es, allen Kindern die Chance auf ein gesundes Leben zu geben. Dazu solle in Kitas und Schulen für ihre Teilhabe an gesunder Ernährung gesorgt werden. Außerdem seien sie vor ungesundem Ernährungsverhalten zu schützen – unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen.

8

BILDUNG

Bildung in Deutschland mit Investitionen voranbringen

Der Bundestag hat an diesem Freitag die Ergebnisse des fünften Bildungsberichtes diskutiert und über einen Antrag der Koalitionsfraktionen beraten.

Die Bildungssituation in Deutschland hat sich verbessert, Bildungsstandards und Bildungsteilnahme sind gestiegen – wenn auch noch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen Teil dieser Dynamik sind. Zu diesem Ergebnis kommt der fünfte nationale Bildungsbericht (Drs. 18/2990), den der Bundestag zusammen mit Anträgen der Fraktionen beraten hat.

Der Bildungsbericht hat viele gute Nachrichten: Mehr Kleinkinder nehmen an frühkindlicher Bildung teil, es gibt mehr Abiturienten und so viele Studienanfänger wie nie zuvor. Außerdem verlassen immer weniger Schüler/-innen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Ihr Anteil sei von acht Prozent im Jahre 2006 auf 5,9 Prozent 2012 gesunken, heißt es im Bildungsbericht. Zudem steigen die Zahl der erfolgreichen Hochschulabsolventen und auch die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung.



Gleichwohl sei der Bildungserfolg noch immer sehr abhängig von der sozialen Herkunft, sagt der Bericht. Eine Situation, die besonders für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schwierig zu ertragen sei, räumte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil im Plenum ein. Die noch bestehende soziale Ungerechtigkeit kritisiert der Koalitionsantrag (Drs. 18/3546) daher auch deutlich als „ernst zu nehmendes Problem und eine zentrale Herausforderung für die weitere Bildungspolitik“. Chancengleichheit dürfe weder von der sozialen noch von der kulturellen Herkunft der Eltern abhängen, so Heil.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann sieht drei Schwerpunkte in der aktuellen deutschen Bildungspolitik, an denen bereits gearbeitet wird: Erstens die stärkere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen, zweitens den Übergang von der allgemeinen Bildung in die berufliche Bildung sowie drittens die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und einer Hochschulkarriere.

Durch die BAföG-Reform, den laufenden Ausbau der Kinderbetreuung oder beispielsweise die Allianz für Aus- und Weiterbildung sei hier schon viel auf dem Weg, betonten die Rednerinnen und Redner der SPD-Bundestagsfraktion.

Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildung optimieren

Neben der Chancengleichheit wies Hubertus Heil noch auf zwei weitere Herausforderungen der aktuellen Bildungspolitik hin: die Verteilung von „Geld“ und „Zuständigkeiten“ in den Bund-Länder-Beziehungen. Die Mittel müssten dorthin, wo sie gebraucht werden – vor allem in den Ausbau der Qualität und Quantität der frühkindlichen Bildung, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Man stoße aufgrund des noch bestehenden Bund-Länder-Kooperationsverbots im schulischen Bereich allerdings immer noch auf zu viele Grenzen. Die SPD-Fraktion werde diesbezüglich weiterhin Überzeugungsarbeit beim Koalitionspartner und bei den Bundesländern leisten, denn es gehe nicht um mehr „Zentralismus“, sondern darum, dass der Bund die Bildungspolitik der Länder dauerhaft und gezielt finanziell unterstützen könne. Eine Änderung des Grundgesetzes zur Abschaffung des Kooperationsverbots in der Hochschul- und Wissenschaftsförderung (GG Art 91b) konnte bereits zum 01.01.2015 ermöglicht werden.



In diesem Zusammenhang warb Rossmann im Plenum dafür, die Idee eines Nationalen Bildungsrates noch einmal als mögliche strategische Option zu bedenken.

Inklusion bleibt Herausforderung

Schwerpunkt des fünften Bildungsberichts ist das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Diese Akzentuierung in den politischen Schlussfolgerungen greift auch der Koalitionsantrag auf.

Noch sei einiges zu tun, um Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, betonte Kerstin Tack, Sprecherin der Arbeitsgruppe Inklusion und Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion. Sie betonte vor allem die Forderung des Koalitionsantrages, die Bildungsforschung in diesem Bereich auszubauen sowie einen engeren Schulterschluss mit den Ländern und Kommunen zu suchen, um die geeigneten Inklusions-Konzepte zu finden. Zudem müssten Betriebe, die Menschen mit Behinderung anstellen bzw. ausbilden, noch stärker unterstützt werden – so wie es sich u. a. die Allianz für Aus- und Weiterbildung auch bereits vorgenommen hat.

10

Über den Nationalen Bildungsbericht

Für die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ist der „nationale Bildungsbericht“ ein wichtiger Seismograph für die Bildungssituation in Deutschland, denn er beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern – von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung.